

„Gefahren verschwinden nicht, weil das Ziel besonders nobel ist“

Stand: 07.06.2020 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Marcel Leubecher**
Politikredakteur

Bei den Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt in deutschen Städten werden die Corona-Regeln häufig verletzt. Zudem nutzt mancher Gewalttäter den überwiegend friedlichen Protest aus. Wie reagiert der Bundestag?

in auffälliger Widerspruch: Der Staat verbietet zurzeit viele Veranstaltungen wegen der Corona-Abstandsregeln und lässt Gottesdienste nur unter strengen Auflagen zu. Am Samstag haben aber Zehntausende in Berlin, München und vielen anderen deutschen Städten teilweise dicht gedrängt gegen Rassismus und Polizeigewalt demonstriert (<http://welt.de/209085133>). Anlass des Protests ist die extrem brutale Tötung des Schwarzen George Floyd (<http://welt.de/209089865>) in den USA durch einen Polizisten.

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) äußerte sich mit Blick auf den Gesundheitsschutz in der „Rheinischen Post“ (https://rp-online.de/panorama/coronavirus/gesundheitsminister-spahn-ist-besorgt-ueber-dichtgedraengte-menschenmassen-bei-demos_aid-51526007) besorgt über die „Bilder dicht gedrängter Menschenmassen“ bei den deutschen Demonstrationen. Sein Parteikollege Thorsten Frei forderte im Gespräch mit WELT die strenge Durchsetzung der Abstandsregeln: „Die Gefahren der Pandemie sind real. Sie verschwinden nicht dadurch, dass eine Demonstration eine bestimmte Größe hat oder dass das verfolgte Ziel besonders nobel ist.“

Die Behörden machten „zu Recht Auflagen im Hinblick auf Teilnehmerzahlen und Hygiene- und Abstandsregeln. Werden diese systematisch missachtet, muss das Konsequenzen haben“, warnte der für Innenpolitik zuständige Unionsfraktionsvize. Das gelte auch für Gewaltausbrüche gegen Polizisten oder Passanten, die ebenfalls am Wochenende zu beobachten gewesen seien. „Bei allem Respekt vor den Entscheidungen der jeweiligen Einsatzleitung: Recht und Gesetz müssen durchgesetzt werden, sonst macht sich der Rechtsstaat unglaubwürdig.“

Der SPD-Innenpolitiker Lars Castellucci sieht die Lage ähnlich: „Ich habe große Sympathie für alle, die gegen Rassismus auf die Straße gehen, aber es muss auch dabei gelten: Abstand halten, und Maske tragen. Wir müssen weiterhin aufeinander achtgeben, vor allem um die Schwächsten zu schützen.“ Die verordneten „Sicherheitsvorschriften müssen auch durchgesetzt werden“.

Für Benjamin Strasser, den FDP-Obmann im Innenausschuss des Bundestages, sind „Massenkundgebungen ein besonderes Risiko bei der Verbreitung des Virus (<http://welt.de/208804025>). Ausnahmen hinsichtlich des Mindestabstands für bestimmte Großdemonstrationen sehe ich deshalb sehr kritisch.“

Auch der AfD-Innenpolitiker Martin Hess kritisierte: „Die Polizei hätte bei den Veranstaltern darauf dringen müssen, dass die Auflagen eingehalten werden und notfalls die Versammlungen auflösen müssen.“ Es zeige sich, „dass der Staat bei Veranstaltungen mit bestimmten politischen Zielen wie etwa Antirassismus-Demonstrationen bei den Corona-Regeln ein Auge zudrückt, während er bei anderen Protesten die Einhaltung des Abstands umso konsequenter umsetzt. Gleiches Recht muss für alle gelten und auch durchgesetzt werden.“

Von den Bundestagsfraktionen der Grünen und der Linken war am Sonntag keine Positionierung zum Umgang mit der Abstandspflicht bei Demonstrationen zu erhalten.

93 Festnahmen in Berlin

Allein am Berliner Alexanderplatz nahmen nach Polizeiangaben rund 15.000 Menschen am Anti-Rassismus-Protest teil; in München gingen etwa 25.000 Demonstranten auf die Straße. In Dutzenden Städten fanden Anti-Rassismus-Demonstrationen statt.

Die Veranstalter hatten dazu aufgerufen, in schwarzer Kleidung zu erscheinen und des getöteten George Floyd schweigend zu gedenken. In Hamburg folgten rund 14.000 Menschen dem Aufruf; in Düsseldorf waren es rund 20.000 Teilnehmer.

In zahlreichen Videos von Demonstrationen in sozialen Medien sieht man, dass sehr viele Jugendliche und junge Erwachsene daran teilnahmen. Vor einigen Tagen hatte die wichtigste Organisation hinter den Klimaschutzdemos, der deutsche Ableger von Fridays for Future,

ihre Anhängerschaft zur Teilnahme an den Anti-Rassismus-Protesten aufgerufen. Die jungen Umweltschützer sagten in ihrem Aufruf, das „Schweigen der Weißen“ sei „weiße Gewalt“. Es gebe „keine Klimagerechtigkeit ohne Antirassismus“.

Allerdings beteiligte sich an den Demonstrationen auch mancher Gewalttäter aus der linksextremen Szene: In Berlin wurden 93 Personen festgenommen; 28 Polizeibeamte wurden leicht verletzt. Drei von ihnen hätten nach ambulanter Behandlung den Dienst beenden müssen, teilte die Polizei in der Nacht zum Sonntag mit.

Demnach erfolgten die Festnahmen wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, versuchter Gefangenenbefreiung, Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz sowie Hausfriedensbruchs. Linksradikale Demonstranten skandierten Slogans wie „Polizei abschaffen, Gefängnisse abschaffen, Kapitalismus abschaffen“. Es befanden sich laut Polizei rund 800 Beamte im Einsatz.

Auch in Hamburg, wo 14.000 Menschen demonstrierten, gab es anschließend Krawalle. Verübt wurden sie nach Polizeiangaben von einigen Hundert verummumten Demonstranten. Die Beamten setzten Pfefferspray und Wasserwerfer ein. Mindestens ein Polizist wurde verletzt.

Heftig zur Sache ging es erneut in Stuttgart. Wie die Polizei mitteilte, hatten sich nach der Kundgebung am Samstagabend mehrere einzelne Aufzüge formiert: Die Einsatzkräfte seien mehrfach mit Gegenständen beworfen worden; auch Pyrotechnik sei gezündet worden. Zudem sei ein Passant attackiert worden, habe das Krankenhaus aber inzwischen verlassen, berichtete ein Polizeisprecher am Sonntag.

Der Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft verurteilte Angriffe auf die Polizei. Die Vorfälle in Stuttgart zeigten, „dass insbesondere linke Extremisten die Anti-Rassismus-Demonstrationen und Bekundungen für deren Zwecke missbrauchen, um Gewalt gegen die Polizei und den Staat auszuüben“, sagte der Landesvorsitzende Ralf Kusterer. Hunderte Personen seien am Samstagabend vor das zentrale Innenstadttrevier gezogen und hätten an die Tür gehämmert, während sie Parolen skandierten wie „Ganz Stuttgart hasst die Polizei“.

Erst vor etwa drei Wochen hatten linksextreme Täter in Stuttgart schwere Gewalttaten verübt. Am Rande einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen griffen rund 40 Vermummte mit Schlagringen drei Männer an; ein Opfer erlitt lebensbedrohliche Verletzungen.

Die Frankfurter Polizei wies wie andere Polizeistellen darauf hin, dass die Teilnehmer der Proteste durchaus versucht hätten, Infektionsgefahren durch Abstandhalten und das Tragen von Schutzmasken zu verringern. Gleichwohl war das Gedränge auch hier teilweise groß. Die Polizei sprach auf Twitter von etwa 8000 Teilnehmern. In Freiburg, Köln und Düsseldorf gingen nach Teilnehmerangaben jeweils 10.000 Menschen auf die Straße, in Hannover 8500 und in Frankfurt am Main 8000.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/209131853>